

**Joachim Döbler**

**Wohnen im Nachkriegs-Hamburg:  
Bevölkerungsbewegungen**

Bevölkerungsbewegungen der Kriegs- und Nachkriegszeit sind in ihrer besonderen Dramatik nur zu erschließen, wenn eine Reihe von Imponderabilien in die Untersuchung einbezogen wird: eine unbekannte Zahl getöteter Zivilpersonen und vor allem eine große Zahl geflüchteter Personen, die nach nach der Kapitulation unkontrolliert in die Stadt zurückströmten, bzw. Hamburg ohne polizeiliche Abmeldung verließen. Andererseits war die Bevölkerung im Untersuchungszeitraum auf einzigartige Weise Gegenstand administrativer Strategien zur Kontrolle der Evakuierungen, zur Kanalisierung der Flüchtlingsströme, zur Verteilung der Kriegsheimkehrer, zur Abschottung besonders 'belasteter' Regionen sowie zur Verteilung des Restbestands an Wohnraum. Auf der Ebene der Verwaltung wurden diese materialen Prozesse in entsprechenden Kategorien abgebildet, so daß die auf dem Begriff 'Wohnbevölkerung' aufruhenden Zahlenwerke nur als Artefakte der jeweiligen Bewirtschaftungsmaßnahmen zu verstehen sind. Paradoxerweise sind Bevölkerungsstatistiken für die Nachkriegszeit nur dann aussagefähig, wenn gerade die nicht mitgezählten Personen berücksichtigt werden: die vor den Toren der Stadt lebenden >Butenhamburger<, die nach Art.XIIc) des WohnG bei der Zumessung von Wohnraum gar nicht oder nur 'zur Hälfte' zu berücksichtigenden Kinder, schließlich Personen, die "zusätzlich aufgenommen" waren, oder sich mit nur befristeter Aufenthaltsgenehmigung in Hamburg niedergelassen hatten. Darüber hinaus signalisiert die Verwaltungsterminologie, daß es Bevölkerungsgruppen gab, die jenseits des zwangswirtschaftlichen Kontroll- und Lenkungsapparates illegal in Hamburg "versickerten".

Eine erste bevölkerungspolitische Standortbestimmung ermöglichte die Personenstandsaufnahme (gem. RdErl. des RMdF. vom 3.7.43), die in Hamburg im Oktober 1943, also unmittelbar nach den schweren alliierten Bombenangriffen vom Juli/August durchgeführt und in einzelnen Punkten bis April 1944 durch Zusatzberichte ergänzt wurde. Infolge der kurzfristigen Ausrichtung auf verwaltungspraktische Zwecke<sup>1</sup> waren Unzulänglichkeiten und Lücken zwar nicht zu vermeiden, auf der Grundlage der Personenstandsaufnahme sowie der ausgegebenen Lebensmittelkarten gewinnt man aber ein brauchbares Bild von den unmittelbaren Auswirkungen der Luftangriffe zwischen Juli 1943 und April 1944.<sup>2</sup> Danach belief sich die Bewohnerzahl der verlorengegangenen Wohnungen auf 796.886 Personen.<sup>3</sup>

<b>Die Bevölkerung der Hansestadt Hamburg Juli 1943 bis April 1944</b>			
Volkszählung	Wohnbevölkerung	Ständige Bevölkerung	davon in Anstalten
17.05.1939	1.711.877 <sup>1</sup>	1.698.388 <sup>2</sup>	37.849
	Anwesende Einwohner	'Normalverbraucher' <sup>3</sup>	Gemeinschaftsverpflegte <sup>4</sup>
Juli 1943	1.512.862 <sup>5</sup>	1.420.000	92.862
22.08.1943		800.000 <sup>6</sup>	
10.10.1943	1.015.001 <sup>7</sup>	964.698	50.303
18.10.1943 <sup>8</sup>	1.040.299	976.748	63.551
15.11.1943	1.076.457	1.009.035	67.422
13.12.1943	1.096.483	1.024.171	72.312
10.01.1944	1.083.429	1.011.428	72.001
09.02.1944	1.081.580	1.010.436	71.144
06.03.1944	1.095.585	1.021.137	74.448
03.04.1944	1.097.961	1.021.405	76.556

- 1 Personen, die mit Wohnsitz in Hamburg gemeldet waren (incl. am Zählungstag Abwesende), ferner die am Standort Hamburg Militär-/Arbeitsdienstpflichtigen
- 2 Wohnbevölkerung ohne Militär- und Arbeitsdienstpflichtige
- 3 versorgte Bevölkerung incl. "Binnenschiffer, Fischer, in Untermiete wohnende Arbeiter und Juden"
- 4 Personen in (Kranken)Anstalten und Lagern ohne Wehrmachts- und Reichsarbeitsdienst sowie ohne Kriegsgefangene und KZ-Insassen
- 5 Schätzung nach den ausgegebenen Lebensmittelkarten
- 6 Schätzung nach Angaben des Reichswirtschafts-Ministeriums
- 7 lt. Personenstandsaufnahme incl. nachträglich eingegangener Haushaltslisten
- 8 im folgenden jeweils erster Tag der Zuteilungsperiode (Kartenausgabe)

Rund 320.000 Obdachlose hatten ein innerstädtisches Ausweichquartier gefunden. Nur ein relativ kleiner Teil der Bombenbetroffenen<sup>4</sup> war in peripher gelegene Ortsteile übergesiedelt, alle übrigen hatten die Stadt - vor allem nach den verheerenden Bombennächten vom 25. bis 27. Juli - fluchtartig oder über groß angelegte Evakuierungsaktionen verlassen. 1944 betrug die Zahl der Evakuierten noch etwa 350.000 Personen. Hinzu kamen mindestens 53.000 Hamburger, die bereits vor dem Sommer 1943 in den sog. Aufnahmegauen untergebracht worden waren. In der Summe also rund 403.000 evakuierte Hamburger, darunter nach Angaben des Amtes für Volkswohlfahrt (Stand: 10.3.1944) rund 102.400 in Schleswig-Holstein, 50.300 in Bayern, 42.200 in Mecklenburg, 41.700 in Osthannover, 31.300 in Magdeburg-Anhalt. Kann man den Berechnungen des Wohnungsamtes glauben, dann lebten davon im Juli 1945 noch 394.800 außerhalb der Stadt. Genauerer Aufschluß brachte die Volkszählung vom Oktober 1946. Sie erfaßte etwa 104.000 evakuierte Hamburger, die unmittelbar vor den Toren der Stadt eine Unterkunft gefunden hatten. Zusätzlich zu den 211.758 Personen in der britischen Zone (einschl. der Enklave Bremen) lebten nach Schätzungen der Flüchtlingsämter jeweils noch etwa 20.000 Evakuierte und freiwillige Umsiedler in der amerikanischen bzw. der russischen Zone.

<b>Evakuierte Hamburger* in der britischen Besatzungszone + in der Enklave Bremen (vorläufiges Ergebnis der Volkszählung vom Oktober 1946)</b>			
Wohnsitz am 29.10.46	insgesamt	männlich	weiblich
Schleswig-Holstein	121.289	51.566	69.723
davon im Kreis Stormarn	22.242	9.958	12.284
davon im Kreis Pinneberg	18.340	8.003	10.337
davon im Kreis Lauenburg	14.284	6.079	8.205
Niedersachsen	76.651	32.841	43.810
davon im Reg.Bez. Lüneburg	41.246	17.385	23.861
davon im Kreis Harburg	18.390	7.753	10.637
davon im Reg.Bez. Stade	15.849	6.790	9.059
Nordrhein-Westfalen	10.865	5.098	5.767
Bremen	2.953	1.377	1.576
Insgesamt	211.758	90.882	120.876

\* Personen, die am 1.9.39 noch in Hamburg wohnhaft waren

Quelle: Die Hamburger Evakuierten, in: Hamburg in Zahlen Nr.8 (8.10.47)

Für die Hamburger Wohnungsverwaltung bildeten diese Evakuierten, die sog. >Butenhamburger<, eine Bevölkerungsgruppe, die in ihrem Profil und ihrer Dynamik nur schwer abzuschätzen war. Etwa 165.000 Einwohner kehrten in einer ersten Welle bis Mitte Oktober 1943 in die Stadt zurück. Weitere 57.000 Personen folgten bis April 1944, so daß die Zahl der Ortsanwesenden, die nach Schätzungen des Reichswirtschafts-Ministeriums auf 800.000 gesunken war, bereits vor Kriegsende wieder auf 1,1 Mio. anstieg.

Auf dramatische Weise verschärfte sich die Situation in den ersten Monaten unmittelbar nach Kriegsende, als Hamburg für ein Vierteljahr 'offen' stand und wöchentlich mehr als 10.000 Menschen unkontrolliert in die Stadt (zurück)strömten.<sup>5</sup> Zunächst vor allem Rückkehrer aus den angrenzenden Landgebieten Schleswig-Holsteins und Niedersachsens sowie aus der amerikanischen Besatzungszone, zunehmend aber auch Tausende aus dem Osten des ehemaligen Reiches. Ihre besondere Charakteristik erhielt die hamburgische Wanderungsbilanz durch das Fehlen einer normalen Abwanderung, so daß die Einwohnerzahl allein in der Zeit vom 1.Juni bis 1.Oktober 1945 um wenigstens 155.000 Personen anstieg. Obwohl ab Oktober erste Maßnahmen zur Beschränkung des Zuzugs griffen, summierten sich die Bevölkerungsgewinne nach späteren Ermittlungen des Statistischen Landesamtes für die zweite Jahreshälfte 1945 auf die kaum vorstellbare Zahl von 260.000 Personen.<sup>6</sup> Nach internen Berechnungen erteilte das hamburgische Wohnungsamt im Zeitraum von Juli bis Dezember 1945 insgesamt 207.175 Zuzugsgenehmigungen, davon allein 92.305 in den Monaten Juli/August.<sup>7</sup> Besonders aussagekräftig ist in diesem Zusammenhang der relative Wanderungsgewinn: Er schwankte, legen wir die über die polizeiliche Meldepflicht erfaßten Personen zugrunde,<sup>8</sup> in den ersten Nachkriegs-Wochen zwischen

72% und 84% - ein Hinweis auf den hohen Anteil an Rückkehrern unmittelbar nach dem Zusammenbruch, aber auch ein Indiz dafür, daß Hamburg zum Ziel all derer wurde, die sich hier eine endgültige Bleibe erhofften.<sup>9</sup> Trotz der Zerstörungen wurde die Stadt zum Fluchtpunkt, auf den sich die Hoffnungen nicht nur der Rückkehrer, sondern auch der Wehrmachtsentlassenen und der Ost-Flüchtlinge konzentrierten. Werde dieser Zustrom nicht mit aller Schärfe unterbunden, warnte Alfred Schulz-Bischof, der sozialdemokratische Präsident des Wohnungsamtes, seine Partei im September 1945, "wird eine Katastrophe unausbleiblich sein."<sup>10</sup>

Im Zuge der Bombenangriffe wanderten viele Einwohner nach auswärts ab, ein Teil siedelte in andere Stadtviertel über. Innerhalb Hamburgs kam es, schon bedingt durch die unterschiedliche Zerstörung einzelner Stadtteile, zu einer räumlichen Umsetzung breiter Bevölkerungsschichten.<sup>11</sup> Ein genaueres Bild von der innerstädtischen Fluktuation zeichnet eine Aufstellung des Statistischen Amtes, die im kleinräumigen Zugriff auf einzelne Ortsteile<sup>12</sup> die Abnahme der Lebensmittelbevölkerung erfaßt. Im Vergleich der Monate Juli 1943 und April 1944 wird hier ein Zeitschnitt gewählt, der die unmittelbaren Auswirkungen der Bombenangriffe deutlich macht, und der nicht um die kriegsdienstbedingten Abstellungen zwischen 1939 und 1943 bereinigt werden muß. (Keine Berücksichtigung finden die Zerstörungen nach dem April 1944.) Die Bevölkerungsabnahme für Hamburg belief sich demnach auf 27%, wobei vor allem für die dicht bevölkerte Wohngebiete mit hohem Arbeiteranteil im Südosten Hamburgs immense Verluste zu verzeichnen sind: Nach Berechnungen des Statistischen Amtes sank die Zahl der Lebensmittelkartenempfänger in Hamburg-Hamm von 118.000 auf 3.600. In den Gebieten Billwärder Ausschlag und Rothenburgsort wurden nach den Bombenangriffen von vormals 40.000 Einwohnern nur noch 2.400 gezählt. Im Stadtteil Barmbek sank der Bevölkerungsstand um 79% von 166.000 auf 35.000. Weniger dramatisch waren zwar die prozentualen Bevölkerungsabgänge in den westlichen Gebieten Altona (38%), Eimsbüttel (37%) und Hoheluft (33%), eine Differenz von insgesamt 82.000 freigesetzten Personen läßt jedoch erahnen welche ordnungs- und sozialpolitischen Aufgaben auch hier zu bewältigen waren.

Hatte das Statistische Amt 1944 für die hamburgischen Außengebiete - ohne die Kompensation evakuierungsbedingter Bevölkerungsabgänge zu berücksichtigen - lediglich einen Zuwachs von etwa 80.000 Personen ermittelt, so wurden die innerstädtischen Bevölkerungsverschiebungen erst in Folge der zweiten Zuwanderungswelle ab Juni 1945 auffällig. Da die Kriegszerstörungen vor allem das dicht bewohnte städtische Zentrum und die östlich angrenzenden Kerngebiete betrafen, verlagerten sich Teile der hamburgischen Bevölkerung in die Außengebiete der Stadt. Nach Schätzungen von Kinder/Pause sank der Bevölke-

rungsanteil des Stadtkerns von 80% im Jahr 1939 auf 62% im Jahr 1946. Entsprechend stieg der Bevölkerungsanteil in den Außengebieten Hamburgs.<sup>13</sup> Im nachstehenden graphischen Vergleich der Volkszählungsergebnisse vom Mai 1939 und vom Oktober 1946 wird dies deutlich.<sup>14</sup> Unübersehbar sind die relativen Wanderungserfolge insbesondere in den Ortsämtern der Außengebiete Walddörfer, Alstertal, Süderelbe sowie Vier- und Marschlande. Prozentuale Gewinne von deutlich über 100% dürfen aber nicht über die z.T. geringe Siedlungsdichte dieser Gegenden, die auch ihre wohnungspolitische Bedeutung im Rahmen der Wohnraumlentung relativiert, hinwegtäuschen.

Auf wirklich nennenswerte Reserven konnte die Wohnungsbehörde, wie ein kleinräumlicher Vergleich der Wohngebiete mit den absolut höchsten Bevölkerungsgewinnen belegt, in den weitgehend intakten kerngebietsnahen Quartieren nordwestlich der Alster (Eppendorf und Winterhude) sowie in den traditionell großbürgerlichen Wohngebieten im Westen Hamburgs (Ottensen, Bahrenfeld und Blankenese) zurückgreifen. Auffällige Zuwachsraten sind auch für Gebiete Billstedt/Billbrook zu verzeichnen. Wie in Bramfeld und Poppenbüttel werden Bevölkerungsgewinne hier vor allem durch die Bereitstellung von Behelfsheimen ermöglicht, ehe ab 1948 über Wohnungsbauschwerpunkte in Hamburg-Horn und über die Förderung von Dauersiedlungen auf Kleingartengelände auch andere Wege der Wohnungsbeschaffung beschritten wurden. Eine differenzierte Aussage über die innerstädtischen Umsetzungsbewegungen - etwa die Verteilung der ausgebombten Bewohner des alten Barmbek über hamburgische Stadtgebiet - ist damit freilich ebensowenig getroffen, wie über die Veränderungen in der sozialen Topographie der Stadt. So viel ist jedoch festzuhalten: Im statistischen Vergleich der Volkszählungen von 1939 und 1946 sind regionale Bevölkerungsgewinne im wesentlichen auf zwei wohnungspolitische Maßnahmenkomplexe zurückzuführen: eine dichtere Belegung des vorhandenen Wohnungsrestbestandes sowie die Förderung bzw. Bereitstellung von Behelfsbauten und Notunterkünften.

Ein anderes Bild gewinnt man im Vergleich der Volkszählungen von 1946 und 1950. Bevölkerungsgewinne einzelner Ortsteile sind nun auch Ausdruck der Instandsetzungs- und Wiederaufbauprogramme, die nach der Währungsreform langsam anliefen und schwerpunktmäßige Wirkungen vor allem in Barmbek-Nord, Dulsberg, Jarrestadt und Hamm-Horn erzielten.<sup>15</sup> Durch die öffentliche Förderung insbes. des Wiederaufbaus ausgebrannter Ruinen bzw. kriegsbeschädigter Wohngebäude gelang es in beträchtlichem Umfang, die Wohnungsbautätigkeit in den westlichen Wohnquartieren sowie in den südlich der Elbe gelegenen Arbeitersiedlungen Harburg/Wilhelmsburg anzukurbeln.<sup>16</sup> Gleichzeitig deuten sich gegenläufige Entwicklungen an: insbesondere die infolge der Zwangsbewirtschaftung hoch verdichteten Gebiete Eimsbüttel, Eppendorf und Innenstadt gaben nach 1950 erhebliche

Bevölkerungskontingente ab, während das neu erwachende Barmbek-Uhlenhorst über 80% aller innerstädtischen Wanderungsgewinne absorbierte.<sup>17</sup>

<b>Rangfolge: Bevölkerungsgewinne einzelner Ortsteile im Vergleich der Volkszählungen 10.46 und 9.50</b>				
Rang	Ortsteil	Ortsteil-Nr.	Gewinn (absol.)	Gewinn (%)
1	Winterhude	408-413	13.466	17
2	Barmbek-Nord	426-429	12.032	47
3	Hamm-Nord	122-124	6.476	146
4	Bahrenfeld	214-216	6.310	18
5	Heimfeld	711	6.118	39
6	Harvestehude	313/314	5.788	23
7	Eimsbüttel	301-310	5.465	6
8	Barmbek-Süd	418-423	4.556	26
9	Dulsberg	424-425	4.105	44
10	Harburg	701/702	3.993	17
11	Wilhelmsburg	712	3.815	12
12	St.Pauli	108-112	3.809	8

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1952

Hinsichtlich der Steuerung der Wohnungsnot im Nachkriegs-Hamburg ist zusammenfassend festzuhalten: Zahlen zur innerstädtischen Bevölkerungsfuktuation sind erst im Bezug auf regionale Siedlungsstrukturen und Wohnverhältnisse aussagefähig. Neu hinzugezogene Einwohner wurden - je nach Bezirk - höchst unterschiedlich aufgefangen: in Lagern, Behelfsheimen oder Notwohnungen, in ausgebauten Dachgeschossen, oder durch die zusätzliche Aufnahme in Wohnungen unterschiedlicher Größe und Ausstattung. Je nach dem Ausmaß der Zerstörungen und spezifischem Profil des verfügbaren Restwohnungsbestandes verlief die Lenkungsstätigkeit der örtlichen Wohnungsabteilungen - trotz einheitlicher Rechts- und Verwaltungsgrundlagen - in unterschiedlichen Bahnen. Neben solchen stadträumlichen Besonderheiten bestimmten Wanderungsbewegungen, in deren Folge die Schere zwischen Bevölkerungs- und Wohnungsbestandsentwicklung dramatisch auseinander ging, die Praxis der Wohnungsverwaltung. Solange Wohnungsbau- und Instandsetzungsmaßnahmen den vor allem durch Hamburg-Rückkehrer und entlassene Kriegsgefangene vermehrten Wohnbedarf nicht kompensieren konnten, war die Wohnungsnot nur durch eine rigide, in ihren Auswirkungen auf die Wohnnot-Betroffenen zunehmend verschärfte Politik der Bevölkerungs- und Wohnraumlenkung zu bekämpfen.

- 
- <sup>1</sup> Zielvorgabe der Erhebung war es, ihre Ergebnisse direkt in praktische Verwaltungsarbeiten einzuspeisen: Neben dem Wiederaufbau der z.T. zerstörten polizeilichen Meldekartei eine Aufstellung über die Opfer der alliierten Bombenangriffe, eine Prüfung des Arbeitseinsatzes der Arbeitspflichtigen sowie, für unsere Untersuchungen besonders relevant, die Gewinnung wohnungsstatistischer Daten: eine Kontrolle der Wohnungsbelegung durch das Wohnungsfürsorgeamt, die Ermittlung der in Hamburg verbliebenen bzw. ortsabwesenden Bevölkerung, "Feststellung der Wohnungszerstörungen, des Wohnungsbestandes, der Notunterkünfte sowie der Ueberfüllung und Unterbelegung von Wohnraum."(S.2)
  - <sup>2</sup> Nicht berücksichtigt sind spätere Bevölkerungsbewegungen, die durch die Zerstörungen in Hamburg-Harburg und in anderen Außengebieten ausgelöst wurden, sowie die durch Wehr- und Arbeitsdienste bedingte Abwanderung, die bereits während des Krieges etwa 150 000 Personen umfaßte. (Hamburg und seine Bauten, 32)
  - <sup>3</sup> Hamburgs Reichsstadthalter Kaufmann unmittelbar nach den schweren Luftangriffen vom Juli 1943. (Der Luftkrieg in "Goebbels Tagebücher", in: Dokumente deutscher Kriegsschäden, 2.Beiheft, hg. v. BM für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Bonn 1962, S.488) Vgl. im folgenden ausführlich: Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft, Sonder-Nr.7, S.7
  - <sup>4</sup> Eine Umfrage vom August 1948, beruhend auf den Haushaltserklärungen von etwa 45.000 Stammkarteninhabern, schätzte die Zahl der bombengeschädigten Personen auf rund 872.000. Ohne damit freilichen den wirklichen Umfang der Schäden zu erfassen. Berücksichtige man nämlich die Wehrmachtsvermißten, die etwa 55.000 zivilen Bombenopfer und die 220.000 Evakuierten, die zum Zeitpunkt der Umfrage noch außerhalb der Stadt lebten, so sei davon auszugehen, daß infolge der Kriegseinwirkungen 43,8% aller Hamburger totalgeschädigt und weitere 14,3% teilgeschädigt wurden: insgesamt also 58% der Bevölkerung, die im Wohngut als Opfer der Luftangriffe anzusehen seien. (Als Erhebungseinheit wurden lediglich Personen, die am 1.9.1939 mit Wohnsitz Hamburg gemeldet waren, zugrunde gelegt. [Heinsohn, "Wieviele Menschen wurden in Hbg. ausgebombt?", in: Hamburg in Zahlen Nr.13 (11.11.48)])
  - <sup>5</sup> StAHbg. AfW LN. 182 (Zuzug nach Hamburg: Eingang polizeilicher Meldungen beim Statistischen Amt)
  - <sup>6</sup> Die Bevölkerung der Hansestadt Hamburg vor und nach dem Kriege, in: Hamburg in Zahlen Nr.1 (21.6.47), hg.v. Statistischen Landesamt der Hansestadt Hamburg
  - <sup>7</sup> StAHbg. AfW LN. 150 Bd.1.BI.29
  - <sup>8</sup> StAHbg. AfW LN. 182 (darin: wöchentliche Statistiken der polizeilich gemeldeten Personen) Vgl. auch Die Bevölkerung der Hansestadt Hamburg vor und nach dem Kriege, in: Hamburg in Zahlen Nr.1 (21.6.47), hg. v. Stat.LA der HH
  - <sup>9</sup> Vgl. auch Hansestadt Hamburg Baubehörde, Bericht über das Baujahr 1949/50 (Schriften zum Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, Ausgabe 6 '50, S. A1'1)
  - <sup>10</sup> A.Schulz-Bischof, Unser Kampf gegen das Wohnungselend, in: Mitteilungsblatt der Sozialdemokratischen Partei der Hansestadt Hamburg Nr.3 (15.9.1945) [SPD-Archiv]
  - <sup>11</sup> Die Bevölkerung der Hansestadt Hamburg vor und nach dem Kriege, in: Hamburg in Zahlen,Nr.1 (21.6.47), hrsg. v. Statistischen Landesamt der Hansestadt Hamburg
  - <sup>12</sup> Zur Vereinfachung der Darstellung werden einzelne Ortsteile (nach der Gebietseinteilung vom 26.10.1938) gruppiert, sofern dadurch keine Informationsverluste oder -verzerrungen auftreten.

- 
- <sup>13</sup> Kinder/Pause, Soziographische Untersuchungen (1949)
- <sup>14</sup> Im folgenden dargestellt auf der Grundlage der reformierten Gebietseinteilung vom 11.5.1951 (Zur regionalen Neuordnung der hamburgischen Verwaltung vgl. auch: Die Städteinteilung Hamburgs, Hamburg in Zahlen H.9 (1952). Hier eigene Berechnungen nach: Statistisches Jahrbuch 1952, Freie und Hansestadt Hamburg, hrsg. v. Statistischen Landesamt, S.21f. (Der Übersichtlichkeit halber wurden einzelne Ortsteile im städtischen Kerngebiet zusammengefaßt.)
- <sup>15</sup> Hansestadt Hamburg Baubehörde, Schriften zum Bau- Wohnungs- und Siedlungswesen Ausg. 6'49
- <sup>16</sup> Vgl. Das Wohnungswesen in der HH, Jahresbericht 1949/50, Amt für Wohnungswesen, o.J., S.5. Hansestadt Hamburg Baubehörde, Bericht über das Baujahr 1949/50, Schriften zum Bau- Wohnungs- und Siedlungswesen, Ausg.6'50, S.A2'1ff
- <sup>17</sup> Freie und Hansestadt Hamburg Baubehörde, Das Baujahr 1951/52 in Hamburg, Schriften zum Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, Ausg.13 (9'52), S.27